Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:
„Amtliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika“ und „Der Ostafrikanische Pflanzer.“
Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Daressalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins, des Wirtschaftlichen Vereins Lindi und des Wirtschaftlichen Verbandes Rufiji.

Daressalam 23. Sept. 1911.

Erscheint zweimal wöchentlich.

Abonnementspreis
für Daressalam vierteljährlich 4 Rupie, für die übrigen Teile von Deutsch-Ostafrika vierteljährlich einschließlich Porto 5 Rupie. Für Deutschland und sämtliche anderen deutschen Kolonien vierteljährlich 6 Mark. Für sämtliche anderen Länder halbjährlich 14 sh. — Bestellungen auf die D. O. A. Zeitung werden sowohl von der Hauptexpedition in Daressalam (D. O. A.) wie von der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexandrinenstr. 93|94 entgegengenommen. — „Amtliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika“ separat bezogen Abonnementspreis jährlich 4 Rp. 50 Heller = 6 Mk. — „Der Ostafrikanische Pflanzer“. Vierzehntägig erscheinende Zeitschrift für tropische Agrikultur und koloniale Volkswirtschaft. Bei Separatbezug jährlich 7 Rp. 50 Heller = 10 Mk. portofrei.

Insertionsgebühren
für die 5-gespaltene Petitzeile 50 Pfennige. Mindestsatz für ein einmaliges Inserat 2 Rupien oder 3 Mark. Für Familiennachrichten sowie größere Insertionsaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Die Annahme von Insertions- und Abonnements-Aufträgen erfolgt sowohl durch die Hauptexpedition in Daressalam wie bei der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexandrinenstr. 93|94 Abonnements werden außerdem von sämtlichen Postanstalten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns angenommen. Postzeitungsliste Seite 84. Telegramm-Adresse für Daressalam: Zeitung Daressalam. Telegr.-Adresse für Berlin: Schladenstg Berlin Alexandrinenstraße.

Jahrgang XIII.

No. 76.

Ist eine Vertretung der deutschen Kolonien im Reichstag erwünscht?

Von H. von Geldern.

II.

Der Wiener Hofkriegsrat ist ein beliebtes historisches Beispiel für die Art, wie ein Krieg nicht geleitet werden soll, vielleicht wird die Regierung der deutschen Kolonien durch den Reichstag einmal als historisches Beispiel dafür angeführt werden, wie Kolonialpolitik nicht betrieben werden soll.

Von den vielen und großen Fehlern, die in der Kolonialpolitik auf das Schuldkonto des Reichstags zu setzen sind, sei hier nur daran erinnert, daß der Reichstag wegen seiner übertriebenen Sparsamkeit in bezug auf Eisenbahnbauten in Südwest zum großen Teil für die schweren Verluste an Geld und Menschenleben, welche die deutsche Nation dort erlitten hat, verantwortlich zu machen ist.

In den diesjährigen Verhandlungen über den Kolonialetat hat sich ebenfalls wieder zur Evidenz gezeigt, wie wenig der Reichstag über die Verhältnisse in den Kolonien und ihre Bedürfnisse unterrichtet ist. So blieb die Feststellung des Staatssekretärs v. Lindequist, daß in Deutsch-Ostafrika zwischen Gouvernement und Bevölkerung der schönste Friede herrsche, im allgemeinen unwidersprochen, und die Einwendungen der Herren Dr. Arendt und Dr. Arning konnten zurückgewiesen werden, weil sie keine handgreiflichen Tatsachen vorzubringen hätten.

Das Recht über die Verwendung der Gelder, die er aus allgemeinen Reichsmitteln bewilligt, zu bestimmen, kann natürlich dem Reichstag nicht bestritten werden. Der Reichstag ist aber bei der Entscheidung über die Verwendung dieser Mittel auf die Darlegungen des Reichskolonialamts, das sich seinerseits wieder auf die Angaben der einzelnen Gouvernements stützen muß, angewiesen, er muß sich sein Urteil nach der einseitigen Forderung und Begründung der Behörden bilden, ohne daß eine davon unabhängige, kompetente Stimme, wie sie ein aus der Kolonie hervorgegangener und von ihr gewählter Abgeordneter haben würde, gehört werden könnte. Auch eine Kontrolle, ob die bewilligten Mittel wirklich zweckmäßig verwendet werden, kann der Reichstag tatsächlich nicht ausüben, denn auch da wieder ist er, in Ermangelung von Abgeordneten aus den Kolonien, vollständig von den einseitigen Berichten des Kolonialamts abhängig. Wie die Kontrolle des Reichstages über den Etat der Kolonie jetzt ausgeübt wird, wirkt sie geradezu verhängnisvoll und zeitigt den schlimmsten Bureaukratismus, trotz aller Reden und Mahnungen, bei der Verwaltung der Kolonien kaufmännisch zu verfahren. Hierzu nur ein Beispiel. Die Bezirksämter müssen jetzt ihren Etat mit allen Einzelheiten ein volles Jahr im Voraus aufstellen, obwohl sie so lange vorher, da ja die meisten Bezirke gerade im Anfang einer schnellen Entwicklung stehen, durchaus noch nicht übersehen können, welches nachher die wirklichen Erfordernisse des Etatsjahres sein werden. Sie können also eigentlich nur die immer wiederkehrenden Ausgaben angeben und gerade für die wichtigsten einmaligen Erfordernisse sind nachher keine Mittel vorhanden. Die Beträge, die das Gouvernement für solche einmalige unvorhergesehene Ausgaben den Bezirksämtern überweisen kann, sind kaum nennenswert, aber eben, weil der Reichstag keine Kontrolle hat über die Verwendung seiner Bewilligungen, deshalb glaubt er, und nicht ganz mit Unrecht vielleicht, so sparsam wie möglich sein zu müssen, damit keine unnötigen Ausgaben gemacht werden können. So ist auch die den Kolonien so schädliche, allzugroße Sparsamkeit des Reichstags hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die Bevölkerung der Kolonien keine Vertretung in dieser Körperschaft hat.

Auch dies ist zu bedenken. Das Grundprinzip jedes Verfassungsstaates besteht darin, daß jeder Steuerzahler auch über die Verwendung der Mittel, zu denen er beiträgt, mit zu bestimmen hat. Den größten Teil der Ausgaben für die Kolonien bringen aber diese selbst auf, für Ostafrika alles bis auf den Schutztruppen-Etat. Die Bevölkerung der Kolonien hat also auch grundsätzlich ein Recht darauf, zu verlangen, daß sie über ihren Etat mitberaten kann.

Nun würde ja hier die Einführung der Selbstverwaltung Abhülfe schaffen, aber auch dann bleiben eine Menge Fragen von beiderseitigem Interesse für Mutterland und Kolonien, in denen für die Kolonien die Vertretung durch einen Reichstagsabgeordneten erwünscht ist. Daß die Vertretung durch das Reichskolonialamt nicht genügt, ist in Erscheinung getreten bei der Konferenz über den Tarif der Deutschen Ostafrika-Linie in diesem Frühjahr. Da konnte Herr Wörmann, ohne Widerspruch zu finden, feststellen, er habe die Tarife der verschiedenen Ostasien-Linien durchstudiert und dabei gefunden, daß die Frachtsätze der Ostafrika-Linie im allgemeinen nicht höher wären, wie bei jenen Linien. Im deutschen Kolonial-Adreßbuch findet man aber ohne jede Mühe aus den amtlichen Tarifen, daß die Frachtsätze der Ostafrika-Linie zwischen Hamburg und Daressalam ziemlich genau den Frachtsätzen der Ostasien-Linie zwischen Hamburg und Tsingtau entsprechen. Ein Abgeordneter von Deutsch-Ostafrika hätte die kühne Behauptung des Herrn Wörmann wohl kaum unwidersprochen gelassen.

Solche Fragen können auch im Reichstage selbst zur Sprache kommen, von besonderer Bedeutung aber wird es bei Regelung der zollpolitischen Stellung der Kolonien zum Mutterlande sein, daß Vertreter der Kolonialbevölkerung gehört werden können. Allen Abgeordneten, die sich ihrer schweren Verantwortung bewußt sind, müßte es doch erfreulich sein, wenn ihnen diese Verantwortung erleichtert würde, durch die Möglichkeit, auch von einer anderen authentischen Seite, nicht bloß vom Kolonialamt, über die Stimmung und die Wünsche der Kolonialbevölkerung unterrichtet zu werden.

Daß durch die Berufung von Abgeordneten der Kolonien in den Reichstag mit einem Schlage die Verhältnisse in diesen allgemein bessere und erfreulichere werden würden, das dürfen wir nicht nur hoffen, sondern wir können es fast mit Sicherheit erwarten.

Doch nicht nur für die Kolonien, sondern auch für die gesamte Nation könnten Vorteile daraus erwachsen.

Die rote Gefahr schwillt immer mehr an, und der Tag ist nicht mehr fern, da die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Reichstag sein wird. Dann ist jede zuverlässige nationale Stimme mehr im Reichstag von hohem Wert, und die Abgeordneten der Kolonie, in denen die Deutschen stets eine Herrenklasse gegenüber der minderwertigen farbigen Unterschicht bilden müssen, können niemals Sozialdemokraten sein, in allen nationalen Fragen werden sie treu zu Kaiser und Reich stehen, ja sie werden sodann den nationalen Standpunkt immer auf das Schärfste betonen, denn fern der Heimat, auf Vorposten im wirtschaftlichen Kampfe mit anderen Nationen, ist ihr Vaterlandsgefühl ganz besonders erstarkt und keine Rücksicht auf das heimische Parteigetriebe hindert sie, das Wohl des Gesamtvaterlandes allein zur Richtschnur für ihre Stellungnahme zu machen.

Wir müssen nun noch sehen, was gegen den Vorschlag, Abgeordnete der Kolonien im Reichstag zuzulassen, einzuwenden ist. Irgendwelche Nachteile oder Unzuträglichkeiten, die daraus erwachsen könnten, vermag ich nicht zu entdecken, allein der Vorschlag, der an sich übrigens durchaus nicht neu ist, verlangt etwas für Deutschland noch nicht dagewesenes. Grund genug, daß unsere vielen pflaumenweichen Politiker, denen alles Neue ein Greuel ist, sich mit Händen und Füßen dagegen wehren werden.

Und dann: die Bevölkerung der einzelnen Kolonien ist noch zu schwach, als daß ein solcher Wunsch berechtigt wäre. Dagegen sage ich: Ob einem Deutschen oder einer Million Deutscher politische Rechte, auf die sie als Angehörige des deutschen Verfassungsstaates Anspruch haben, ohne Not vorenthalten werden, ist gleich schlimm.

Ob Jemand eine Mark oder eine Million Mark sich unberechtigt aneignet, — Diebstahl bleibt Diebstahl.

Wenn wir eine Vertretung im Reichstag wünschen, dann haben wir dabei auch nicht nur unsere lokalen und persönlichen Interessen im Auge, sondern wir würden uns vor allem auch darüber freuen, tätig teilnehmen zu können an der politischen Arbeit für das Stück und das Gedeihen unseres großen Vaterlandes.

Kabelleitung mit den deutschen Kolonien.

Die Braunschweigische Landeszeitung meldet: Infolge der letzten mehrfachen Falschmeldungen über Vorgänge in den deutschen Kolonien erwägt die Reichsregierung Beschleunigung der Herstellung der direkten Kabelverbindung zwischen den Kolonien und dem Reiche. Sämtliche deutschen Kolonien sollen tunlich spätestens 1916 direkte Kabelverbindung mit Emden haben.

Friedliche Besitzergreifung des Kilimandjaro durch England.

Entgegnung von Dr. E. Th. Förster.

Offener Brief an Herrn Bruno Domcke, Farmer auf Geraragua am Kilimandjaro.

Lieber Bruno! Was machst Du mir für Geschichten! Alte Freunde sollten Meinungsverschiedenheiten brieflich ausgleichen. Nun Du aber mit Deinen Initialen B. D. in Nr. 67 dieser Zeitung, also zwar halbanonym, aber doch öffentlich, anfängst, Dir Angriffe auf meine Person vom Vertreter der Hanseatischen Kilimandjaro-Handelsgesellschaft in die Feder diktieren zu lassen, muß ich Dir auch öffentlich antworten, lieber Gevatter! Aber die alte Briefform wollen wir beibehalten.

Siehe, lieber Bruno, ich habe Dich immer für etwas naiv gehalten. So z. B. war doch Deine kürzliche Immediateingabe an S. M. den Deutschen Kaiser um mehr Land „auf“ Geraragua naiv, nicht weniger Deine schon einige Zeit zurückliegende Bitte an mich, Dir telegraphisch 6000 M. zuzusagen, wo Du doch weißt, wie nötig ich selbst Geld brauche. Es ist auch naiv, wenn Du vermeinst, daß Deine Freunde, die das alles glauben sollen, was Du da in dem Machwerke der „internen Erwiderung“ auf meinen Zeitungsartikel über Landerwerb der Engländer an unserem Kilimanjaro schreibst, ist beinahe hypernaiv. Aber daß Du Dich von den Kindern Israels, in diesem Falle Herrn Fließ, vorschieben läßt, um für sie die Kastanien aus dem Feuer zu holen, daß Du so kreuzhagelnaiv bist, Dir von ihm Deine Apotheose seiner Firma in die Feder diktieren zu lassen, lieber Gevater, das kränkt mich fast. Wenn ein Jude, jüdischer Gepflogenheiten nach, in Fällen, in denen er politisch angegriffen wird, mit faulen Eiern werfen will, laß es ihm auf seine Kappe tun, Bruno! Setz Dich nicht mit ihm und seinem Ritter, wenn sie zu Dir kommen, um auf Geraragua zu jagen, zusammen und geize nach litterarischem Ruhme als „Mensch“ und „Kunde“ des Herrn Fließ mit den Federn dieses Herrn. Leugne nicht, Bruno, er hat Dir Alles diktiert, selbst bis auf den „Unrat“, den ich vor meiner Tür wegschaffen soll.

Als ich vor nunmehr 6 Jahren Deine Dir damals eben angetraute Frau, die sich überall der größten Hochachtung erfreute, diese Dir in den Schoß gefallene Perle, durch einsame Steppe, als Fremdling im Lande, von Mombo nach dem Kilimanjaro brachte, wohl geborgen bei mir, während Du Deine Sorge Wagen und Ochsen widmetest, Bruno, da sahst Du keinen Unrat vor meiner Tür! Wagst Du jetzt zu sagen, daß sich bei mir seitdem das Geringste geändert hat?! Ein „Moralprediger (!)“ will ich freilich nicht sein, aber das Recht, allen Deutschen zu sagen, daß sie im Interesse ihrer Rasse und Gesundheit sich enthalten sollen, im Konkubinat mit Schwarzen zu leben, laß ich mir, trotz Deiner mit Fließ ausgebrüteten Eier, doch nicht nehmen. Von Dir, lieber Bruno, auch nicht das Recht, einem Griechen zu sagen, daß er die Nummer seiner Straßenlokomobile zu groß gewählt hat und darum bei seinem Transportgeschäft vom Kilimandjaro nach Voi werde ein Vermögen verlieren können. Dies war der „Angriff“, den Du so unschön findest.